

BERICHT
der Finanz- und Rechnungsprüfungs-Kommission
zum
FINANZPLAN 2009 bis 2013

1. Zusammenfassung

An welchen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Koordinaten kann sich künftiges Verwaltungshandeln verlässlich noch ausrichten? Sind belastbare Aussagen für Planungsinhalte über Zeiträume von 3 bis 5 Jahren noch möglich? Welchen Wert haben Prognosen, wenn deren Halbwertszeiten laufend schrumpfen? Solchen Fragestellungen ist man unausweichlich ausgesetzt, wenn man sich mit zukünftigen Entwicklungen und dem Erhalt finanzieller Handlungsfähigkeit auseinandersetzt. Nur, und das ist eine neue Qualität im planerischen Denken und Handeln, darf Planung nicht mit Gewissheit auf Eintreffen von Ereignissen und Erreichen von Zielwerten gleichgesetzt werden. In dieser Hinsicht sind Politik und Wirtschaft in jüngster Vergangenheit herb desillusioniert worden. Planung bedeutet Umgang mit Wahrscheinlichkeit, bedeutet Umgang mit Komplexität und volatilen Wechselwirkungen zwischen den Erfolgspositionen. Es heisst aber auch, für mögliche oder erwartbare Entwicklungen strategische Handlungsoptionen bereit zu halten. Die vorliegende Finanzplanung des Gemeinderates folgt diesen Überlegungen. Sowohl Annahmen und Prognosen als auch die Planrechnungen bilden vertrauenswürdige Grundlagen für die finanzpolitische Ausrichtung der Einwohnergemeinde Allschwil für die nächsten fünf Jahre.

In einem wesentlichen Punkt hingegen empfiehlt die Kommission dem Gemeinderat eine kritische Überprüfung der strategischen Zielsetzungen. Der Abbau von Fremdschulden auf der einen und der Aufbau von Eigenkapital auf der anderen Seite werden in Relation zur Finanzkraft nicht erreichbar sein, weil die Umsetzung des Investitionsplanes - unter Voraussetzung einer gleich bleibenden Steuerbelastung - nicht ohne zusätzliche Fremdfinanzierung möglich sein wird. Eigenkapitalbildung, Schulden amortisieren und Investieren ist ohne substantielle Haushaltsüberschüsse ein unmöglicher Spagat. Die bestehenden Zielsetzungen sind ein in sich widersprüchlicher Bezugsrahmen. Die Kommission erkennt in diesem Sachverhalt ein strukturelles Problem.

Die **Grenzen der Schuldfähigkeit** der Einwohnergemeinde sollten unter Berücksichtigung der bestehenden Steuerbelastung und dem ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad hinterfragt werden. Auch der Verschuldungsgrad und die Steuerbelastungen haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Standortattraktivität! Allschwil verfolgt im Kontext mit den Unwägbarkeiten und erwartbaren wirtschaftlichen Entwicklungen einen riskanten Kurs, wenn aus der Umsetzung des Investitionsprogrammes 09/13 im Umfang von 31 Mio. rund 10 Mio. Franken Neuverschuldung resultiert. Die kurz-, mittel und langfristigen Schulden der Einwohnergemeinde Allschwil belaufen sich Stand 31.12.07 auf rund 52 Mio. Franken. Dies entspricht einem relativen Anteil von 75% der Passiven (Bilanzsumme) und weicht, rein

rechnerisch betrachtet und unter Berücksichtigung von Sonderbelastungen grosser Vorortgemeinden wie Muttenz, Pratteln, Münchenstein und Reinach substanziell von deren Durchschnittswert von 50% ab.

Wenn Allschwil sich in den erfolgskritischen Bereichen Bildung, Soziale Wohlfahrt, Umwelt und Verkehr nachhaltige Ziele setzen und erreichen will, dann wird eine Fokussierung auf das Wichtige und Wesentliche im Investitionsprogramm unumgänglich. Es bedeutet weiter und wie bereits heute praktiziert, Strukturen, Prozesse und Systeme laufend auf Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen. Und letztlich darf die Frage nach einer Überprüfung des Auftrages und der Aufgaben gestellt werden. Aufgaben grundsätzlich in Frage stellen, ist eine Sache, die Leichtere. Das Andere, Anspruchsvollere ist die Antwort auf die Frage, ob eine Aufgabe auf eine andere Art effektiver und/oder effizienter gelöst werden kann.

Zur breiteren Abstützung der Finanzplanung und zur Absicherung der zukünftigen Handlungsfähigkeit regt die Kommission an, proaktiv Eventualplanungen für verschiedene Szenarien zu erarbeiten, welche nicht nur den erwartbaren Entwicklungen Rechnung tragen, sondern auch Unwägbarkeiten und Risiken für alle relevanten Planungsgrössen antizipieren. Vorwegnehmende Planung ist in jedem Fall besser, als in Krisen und auf Sachzwänge kurzfristig reagieren zu müssen. Besser für die Sache und besser für die Kasse!

Die Kommission teilt die Schlussfolgerungen des Gemeinderates, dass zur Finanzierung der anstehenden Investitionen auch die Möglichkeit analysiert wird, durch Auflösung von stillen Reserven des Finanzvermögens Mittel bereit zu stellen. Es sei aber darauf hingewiesen, dass diese Option keine grundsätzliche Lösung für die strukturellen Probleme darstellt. Das „Familiensilber“ sollte eine strategische Reserve sein, keine Portokasse. Die Kommission möchte anregen, die FIREKO und allenfalls auch den Einwohnerrat in das diesbezügliche Verfahren zur gegebenen Zeit zu involvieren.

2. Kommentar

2.1 Annahmen und Prognosen

Die dem Finanzplan zugrunde liegenden Annahmen und Prognosen bilden unter Berücksichtigung der in diesem Bericht eingangs gemachten Bemerkungen eine vernünftige Basis zur Evaluation der Zeitreihe 2009 bis 2013. Und sie sind bis zur Überarbeitung und Nachführung Mitte 2009 eine realistische Planungs- und Entscheidungsgrundlage.

Kurzfristig könnte sich ggf. der jährliche Ausgleich der kalten Progression auf den Steuerertrag auswirken. Nach Einschätzung der Finanzverwaltung wird diese Änderung, wenn sie per 1.1.09 eingeführt wird, zu keinen wesentlichen Bremsspuren im Steuerertrag führen.

Die Kommission nimmt zustimmend und erfreut zur Kenntnis, dass neue Projekte und Investitionsvorhaben konsequent und standardisiert beschrieben und einer Nutzwertanalyse unterzogen werden. Daraus ergibt sich eine objektive und vergleichbare Bewertung und Beurteilung der Investitionen und erleichtert die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse.

2.2 Planung Laufende Rechnung

Dass das Rechnungsergebnis ab 2011 trotz des Sonderlastenausgleichs (NFA) kontinuierlich abnimmt und ab 2012 - als Folge der stetig ansteigenden Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen - wieder mit einem Defizit gerechnet werden muss, ist eine unbequeme Erkenntnis. Die Kommission unterstreicht an dieser Stelle erneut, dass zur Entspannung der finanziellen Grosswetterlage entweder strukturelle Änderungen und/oder eine Neuausrichtung der Investitionspolitik auf dem finanzpolitischen Radar zu erfassen sind. Diese Schlussfolgerung könnte im 2009 schon mit einer Stagnation der Konjunktur Aktualität erhalten. Wenn diese Entwicklungen gar in eine Rezession umschlagen, dann müssten die Eckwerte der Planung wohl grundlegend überarbeitet werden.

2.3 Investitionsplanung Einwohnergemeinde

Im Wissen um den hohen Anteil (über 80%) der gesetzlich bestimmten Investitionen im Steuer finanzierten Infrastrukturbereich (Strassen, Schulen, Umwelt) und dem damit verbundenen marginalen Handlungsspielraum, kann deshalb die Investitionspolitik nur über Projekte in das übrige Verwaltungs- und Finanzvermögen beeinflusst werden. Dazu in der Folge ein Beispiel:

Im Horizont von 2009 bis 2013 plant der Gemeinderat Investitionen in Hardware und Software im Umfang von CHF 1,2 Mio. In Anbetracht der kurzen Produktezyklen in diesem Bereich sowie dem Umstand, dass Allschwil diese IT Infrastruktur in eigener Regie führt und mit einem Gesamtaufwand von CHF 0,9 Mio pro Jahr operationell betreibt, stellt sich erstens die Frage, wie mit einer strategischen Neuausrichtung in Form von kooperativen Modellen Investitionen in kurzlebige Vermögenswerte zu vermeiden sind. Und es stellt sich zweitens die Frage, ob sich im Betrieb der IT Infrastruktur mit anderen Konzepten Synergieeffekte erzielen lassen. Die Kommission empfiehlt diesbezügliche Handlungsoptionen in Erwägung zu ziehen und auf deren Nutzwert zu prüfen.

In gleichem Sinne werden darunter ebenfalls Lösungen verstanden, mit welchen mittels Verbundkonzepten für Beschaffung und Betrieb von mobilem Verwaltungsvermögen (Fahrzeuge, Maschinen, etc.) Skaleneffekte zu erzielen wären.

2.4 Spezialfinanzierungen

Die Ausgangslage für die Erstellung der Finanzplanung der Spezialfinanzierungen wurde solide erarbeitet und die Planung fundiert vorgenommen. Dies erlaubt es, die finanzielle Lage der Spezialfinanzierungen konkret einzuschätzen, was für die Ableitung des Investitionsbedarfs und die Festsetzung der Gebühren von grossem Vorteil ist.

Die FIREKO empfiehlt dem Gemeinderat die Gebührenpolitik in den einzelnen Kassen langfristig auszurichten und die Eigenkapital-/Reservepolitik adäquat zu Umsatz und Investitionsbedarf abzustützen.

Antrag

Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat den Finanzplan 2009 bis 2013 zur Kenntnis zu nehmen.

Der vorliegende Bericht wurde von der Kommission am 17. November 2008 einstimmig genehmigt.

Allschwil, 17. November 2008

Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Hans-Peter Tschui
Präsident

Stephan Wolf
Vize-Präsident

An der Sitzung haben teilgenommen:

Barbara Selinger (SP/EVP)
Christoph Benz (SP/EVP) als Ersatz für Semra Sakar (SP/EVP)
Julia Gosteli (Grüne)
Jérôme Mollat (FDP/Grünliberale)
Stephan Wolf (CVP)
Réne Imhof (SVP)
Hans-Peter Tschui (SVP)